

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

18. August 2014

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Am 14.08.14 starben mindestens drei Polizisten bei der Explosion einer Sprengfalle in der ostafghanischen Provinz Laghman (Distrikt Badpakh). In der südostafghanischen Provinz Paktika wurde der Polizeichef des Distrikts Ahmadaba bei einem Bombenanschlag getötet. In der westafghanischen Provinz Herat wurden am 14.08.14 fünf afghanische Mitarbeiter des Roten Kreuzes entführt. Bei den Tätern soll es sich um Aufständische oder eine lokale bewaffnete Gruppe handeln.

Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und Aufständischen ereigneten sich vergangene Woche in mehreren Provinzen des Ostens und Südostens (Kunar, Nangarhar, Ghazni, Paktika), in Zentralafghanistan (Maidan Wardak) und im Nordosten (Kunduz). Dabei wurden auch Zivilisten verletzt oder getötet. Dort hatten Tage zuvor Aufständische mehrere Polizeiposten angegriffen. In der zentralafghanischen Provinz Kapisa kam es zwischen zwei „Warlords“ zu Kämpfen, die zahlreiche Zivilisten zur Flucht zwangen.

In den an Turkmenistan angrenzenden nordafghanischen Provinzen Jowzjan und Faryab soll sich die Sicherheitslage nach Angaben der Provinzregierungen verschlechtern. Es sei eine zunehmende Präsenz von Talibankämpfern zu beobachten. Dabei würden sich auch zahlreiche ethnische Turkmenen den (überwiegend paschtunischen) Taliban anschließen. Aufgrund der schwachen staatlichen Präsenz sollen einige Dörfer und Bezirke lokale Milizen aufgestellt haben, die von ehemaligen „Warlords“ geführt werden.

#### Präsidentenskandidaten einigen sich auf „Regierung der nationalen Einheit“

Aschraf Ghani und Abdullah Abdullah, die beiden Rivalen bei der Stichwahl um das Präsidentenamt, einigen sich auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung, unabhängig vom noch ausstehenden Endergebnis der Wahlüberprüfung. Einzelheiten dieser „Regierung der nationalen Einheit“ sind noch nicht bekannt.

### Pakistan

#### Sicherheitslage

Das pakistanische Militär wehrte am 15.08.14 zwei Angriffe von Aufständischen auf Luftwaffenstützpunkte nahe der Stadt Quetta (Hauptstadt der Provinz Belutschistan) ab.

#### Proteste gegen die Regierung

Bei Protestkundgebungen der Opposition wurde am 15.08.14 in Gujranwala (Ostpakistan) ein Anschlag auf den Oppositionspolitiker Imran Khan verübt. Der Politiker blieb unverletzt. Am 16.08.14 demonstrierten in der Hauptstadt Islamabad Zehntausende gegen die Regierung und forderten den Rücktritt von Ministerpräsidenten Nawaz Scharif sowie Neuwahlen. Hintergrund sind Vorwürfe an Sharif, die vergangene Wahl manipuliert zu haben.

## **Irak**

### **Entwicklung der Lage**

Offiziellen Angaben zufolge griffen US-Kampffjets am 11.08.14 vier Kontrollposten der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) sowie Fahrzeuge der Extremisten nahe dem Sinjar-Gebirge an. Die Angriffe sollen erfolgreich gewesen sein, jedoch sei nach Feststellung des Verteidigungsministeriums in Washington die IS-Miliz bisher noch nicht gestoppt, wohl nicht einmal ernsthaft geschwächt worden.

Der Islamische Staat hat laut Pressemeldung vom 11.08.14 nach wochenlangen Kämpfen mit kurdischen Peshmerga-Einheiten am 11.08.14 die Stadt Jalawla (Jalaula/Jalula), rund 115 Kilometer nordöstlich von Bagdad, eingenommen. Jalawla wurde bisher von den kurdischen Peshmerga gehalten. IS habe auch nahe Dörfer unter ihre Kontrolle gebracht.

Am 17.08.14 sollen Peschmerga-Milizen mit US-Luftunterstützung große Teile des Mossul-Staudamms zurückerobert haben. Die Offensive wird gegenwärtig fortgesetzt.

### **Jesiden im Sinjar-Gebirge**

In der vergangenen Woche konnten sich etwa 80.000 Menschen, überwiegend Jesiden, aus dem Sinjar-Gebirge in sichere kurdische Gebiete retten. Derzeit seien nach UN-Angaben nur noch rund 1.000 Menschen in dem Gebirge eingeschlossen. Kämpfer der IS sollen in der vergangenen Woche rund 300 jesidische Männer in der Region ermordet haben, Frauen und Kinder seien verschleppt worden.

### **Politische Entwicklung**

Staatspräsident Masoum hatte am 11.08.14 den Vizepräsidenten des Parlaments Haidar al-Abadi (Schiit) gegen den Willen Malikis mit der Regierungsbildung beauftragt. Am 15.08.14 erklärte Maliki, zugunsten von al-Abadi auf eine dritte Amtszeit zu verzichten.

## **Syrien**

### **Weiterhin schwere Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellengruppen und IS**

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 13.08.14 dehnt der Islamische Staat (IS) seinen Einflussbereich weiter in Richtung türkische Grenze aus und nahm eine strategisch wichtige Region in der nordsyrischen Provinz Aleppo ein. Es soll sich um sechs Ortschaften in der Nähe der Stadt Asas handeln. Betroffen sei auch eine wichtige Versorgungsrouten der syrischen Opposition. Bei den Gefechten seien mindestens 40 Menschen getötet worden. Nach Angaben der Beobachtungsstelle befindet sich das Grenzgebiet unter Kontrolle gemäßiger islamistischer Rebellengruppen, die vor wenigen Monaten die Kämpfer der IS von dort vertrieben hatten. IS kontrolliert derzeit bereits weite Bereiche der Provinzen al-Raqqa und Deir ez-Zor.

Die Stadt Aleppo, die seit etwa zwei Jahren zum größten Teil von der Freien Syrischen Armee (FSA) kontrolliert wird, steht nun im Visier der Streitkräfte des Regimes, die im Westen der Stadt Stellung bezogen haben, und von IS, die von nordöstlicher Seite anrücken.

Regierungstruppen gelang es der Beobachtungsstelle zufolge am 14.08.14 die seit zwei Jahren von Rebellen kontrollierte Stadt al-Mleha nahe Damaskus größtenteils unter Kontrolle zu bringen. Rebellen führen von dort aus Angriffe auf Ziele in Damaskus.

Am 15.08.14 kamen bei einem Autobombenanschlag vor einer Moschee in der Provinz Daraa mindestens 22 Menschen ums Leben.

Am 16.08.14 kam es zu Gefechten zwischen der Islamischen Front und IS um die Stadt Marea, etwa 25 km nördlich von Aleppo.

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 16.08.14 sollen in den vergangenen zwei Wochen in mehreren Dörfern der Provinz Deir ez-Zor mindestens 700 Angehörige des Stammes der al-Schuaytat (auch Shaitat) von Kämpfern der IS getötet worden sein. Die Stammesangehörigen hätten versucht, sich IS zu widersetzen.

Als Reaktion auf die Vorgänge soll die syrische Armee am 17.08.14 bei Luftangriffen auf Stellungen des IS in der Provinz al-Raqa mindestens 31 Kämpfer getötet haben. Dutzende seien verletzt worden. Auch in der seit Monaten umkämpften Provinz Deir ez-Zor hätten Regierungstruppen Angriffe geflogen.

### **UN-Resolution gegen Extremisten**

Als Reaktion auf den Vormarsch der IS in Syrien und Irak erließ der UN-Sicherheitsrat am 15.08.14 eine Resolution gegen sechs als Hintermänner und Finanzgeber der islamistischen Extremisten geltende Männer. Es wurden Reiseverbote und Kontensperrungen verhängt. Zudem wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Finanzierung und Rekrutierung für terroristische Organisationen zu unterbinden.

## **Libanon**

### **Militärjustiz klagt über 40 Jihadisten an**

Am 14.08.14 wurden 44 Personen, davon 33 flüchtig, von der libanesischen Militärjustiz angeklagt. Ihnen wird zur Last gelegt, ein Emirat im Osten des Landes einrichten zu wollen. Im Falle einer Verurteilung droht die Todesstrafe.

### **Bilaterale Gespräche mit Jordanien**

Am 13.08.14 traf sich der libanesischer Außenminister Gebran Bassil mit seinem jordanischen Amtskollegen Nasser Judeh in Amman. Beide Minister fordern eine zeitnahe politische Lösung des Syrienkonflikts, um nachteilige Auswirkungen auf die Anrainerstaaten zu vermeiden. Zudem verurteilten sie die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen scharf.

## **Palästinensische Autonomiegebiete/Israel**

### **Waffenruhe hält**

Israel und die Palästinenser haben eine weitere Verlängerung der Waffenruhe im Gazastreifen um fünf Tage vereinbart. Das gab der palästinensische Delegationsleiter Assam al-Ahmed am 13.08.14 in Kairo bekannt. Auch Ägypten, Israel und die Hamas bestätigten die Einigung. Kurz vor dem Durchbruch schossen militante Palästinenser erneut Raketen auf Israel. Israel beantwortete den Beschuss mit einem Luftangriff. Danach wurde über keine weiteren Verstöße berichtet.

### **Häuser mutmaßlicher Entführer im Westjordanland zerstört**

Wegen der Entführung und Ermordung von drei israelischen Schülern im Westjordanland wurden nach Armeeangaben die Häuser zweier Tatverdächtiger zerstört. Die Ermordung heizte den Konflikt zwischen Israel und der Hamas erneut an. Dies führte mit zum Krieg im Gazastreifen. Die Streitkräfte berichteten am 18.08.14, dass das Haus eines dritten Verdächtigen abgeriegelt worden sei. Die israelischen Behörden nahmen bereits am 11.08.14 in Hebron einen mutmaßlichen Täter fest, dessen Haus nun zerstört wurde. Die beiden anderen Verdächtigen sind auf der Flucht.

### **Palästinenser verhaftet**

Nach eigenen Angaben hat die israelische Polizei am 14.08.14 in Ost-Jerusalem 52 Palästinenser unter dem Vorwurf des Landfriedensbruchs festgenommen. Dadurch stieg die Gesamtzahl der Festnahmen seit Anfang Juli auf ca. 600. Unter den Festgenommenen im israelisch besetzten Ostteil Jerusalems seien 175 Minderjährige. Seit der Ermordung eines palästinensischen Jugendlichen durch israelische Rechtsextremisten am 02.07.14 kommt es immer wieder zu palästinensischen Protestaktionen. Die meisten Festnahmen seien Folge tätlicher Angriffe auf Streifenpolizisten, vor allem durch Werfen von Steinen oder Brandflaschen, so die Polizei.

## **Iran**

### **Politischer Machtkampf: Rohani provoziert Konservative**

Dutzende Parlamentarier unterzeichneten einen Brief an Parlamentspräsident Larijani, in dem sie Präsident Hassan Rohani zu einer sofortigen Stellungnahme im Abgeordnetenhaus (Majlis) aufforderten. Hintergrund ist, dass Rohani zuvor die ultrakonservativen Kritiker seiner Reformpolitik als „politische Feiglinge“ bezeichnet hatte. Dabei bezog er sich auf die Vorbehalte vieler politischer Gegner gegen die laufenden Atomgespräche, bei denen Iran auf eine Einigung hinarbeiten möchte. Die Kritik Rohanis war ziemlich deutlich: „Sobald wir verhandeln, beginnen sie zu zittern. Schert euch zum Teufel und sucht euch einen warmen Ort.“ Damit hat der Machtkampf zwischen den moderaten und den konservativen Kräften in der Islamischen Republik einen neuen Höhepunkt erreicht. Alle iranischen Tageszeitungen befassten sich am 13.08.14 mit der heftigen Wortwahl des Präsidenten. Beobachter gehen davon aus, dass die Kritik Rohanis an seinen Widersachern nicht ohne das Einverständnis von Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei erfolgte. Andere wiederum glauben, dass Rohani diese Kritik als Teil einer politischen Strategie kundtat, um zu zeigen, dass er den Hardlinern die Stirn bieten könne. Auch der Zeitpunkt wenige Wochen vor der UN-Generalversammlung – hier möchte er US-Präsident Obama treffen – ist nicht zufällig.

## **Jemen**

### **15 jemenitische Soldaten entführt und getötet**

Extremisten des Terrornetzwerks Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) haben nach Armeeangaben 15 jemenitische Soldaten entführt und getötet. Die Männer seien in einem Bus unterwegs gewesen, als sie von einem al-Qaida-Kommando angegriffen worden seien, teilte ein Armeevertreter am 08.08.14 mit. Sie seien in das Dorf Huta in der südöstlichen Provinz Hadramaut verschleppt und hingerichtet worden. Angriffe mutmaßlicher AQAP-Terroristen hatten in der Provinz in den vergangenen Tagen zugenommen.

## **Türkei**

### **Diyarbakir nimmt kurdische Yeziden auf**

Laut Pressemeldung vom 13.08.14 flüchten täglich bis zu 150 irakische Yeziden vor den IS-Truppen in die Türkei. Sie werden in Diyarbakir in einem Kulturzentrum aufgefangen. Alle Ankömmlinge gehören der Mittelschicht an und besitzen Pässe. Noch ist unklar, wie lange sie sich im kurdischen Diyarbakir aufhalten dürfen. Als weitere Ziele nennen die Flüchtlinge Frankreich und Holland.

### **Mehrere Hundert syrische Flüchtlinge nach Protesten umgesiedelt**

Laut Pressemeldung vom 14.08.14 wurden ca. 400 syrische Familien aus der Grenzstadt Gaziantep umgesiedelt. Nach gewaltsamen Protesten der Stadtbewohner wurden die Syrer mit Bussen in Flüchtlingslager nahe der Stadt gebracht. Die Proteste begannen, nachdem ein Syrer verdächtigt wurde, seinen türkischen Vermieter erstochen zu haben.

### **Kandidaten für den Posten des Regierungschefs**

Am 17.08.14 gab der AKP-Vizechef Mehmet Ali Sahin bekannt, der scheidende türkische Präsident Abdullah Gül könne das Amt des Regierungschefs nicht übernehmen, da er kein Mitglied des Parlaments sei. Türkischen Medien zufolge soll der amtierende Außenminister Ahmet Davutoglu, ein Vertrauter Erdogans, die besten Chancen haben, am 21.08.14 zum Regierungs- und Parteichef der AKP ernannt zu werden.

## **Libyen**

### **Afrikanische Migranten im Kriegsdienst**

Laut Pressemeldung vom 13.08.14 habe die italienische Hilfsorganisation Habeshia berichtet, afrikanische Migranten, insbesondere aus Eritrea, Somalia, Äthiopien, Mali und dem Sudan, seien von libyschen Milizen zwangsrekrutiert worden. Die Aufgaben der Zwangsrekrutierten seien der Transport von Munition und Waf-

fen. Die Migranten werden dabei bis an die Feuerlinie gebracht. Habeshia forderte besonders die USA und die EU auf, Fluchtwege für Migranten in Libyen zu öffnen.

### **Über 20 Tote bei Flüchtlingsdrama vor Küste**

Am 12.08.14 kenterte ein Flüchtlingsboot ca. 100 Kilometer östlich von Tripolis. Laut den Überlebenden befanden sich rund 150 Passagiere an Bord. Die libysche Marine berichtete von 22 Überlebenden und über 20 Toten.

### **Parlament bittet um internationale Hilfe**

In ihrer ersten Sitzungswoche verabschiedeten die Abgeordneten des neu gewählten Parlaments des Landes bereits zwei wichtige Gesetze. Am 13.08.14 wurde mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, das den Hilferuf der Regierung nach ausländischer Unterstützung untermauert. Libyen sei demnach allein nicht in der Lage, die immer wieder aufflammenden Konflikte in den Griff zu bekommen. Die Vereinten Nationen werden damit aufgefordert, angesichts der eskalierenden Kämpfe einzugreifen, um Bürger und Institutionen zu schützen. Mit dem zweiten Gesetz beschlossen die Abgeordneten die unverzügliche Auflösung aller Milizen und die sofortige Einstellung aller staatlichen Unterstützung für die ehemaligen Anti-Gaddafi-Revolutionäre. Die bewaffneten Gruppen seien nach Regierungsansicht das größte Hindernis bei dem Bemühen, verlässliche staatliche Sicherheitskräfte und Institutionen zu etablieren. Eine Auflösung der Milizen dürfte nicht durchsetzbar sein, da sich die Armee noch im Aufbau befindet. Die Milizen bekämpfen sich vor allem in Tripolis und Bengasi, aber auch in kleineren Ortschaften kommt es zu Gewalt.

## **Ägypten**

### **Human Rights Watch: Schwere Menschenrechtsverletzungen**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) erhebt im Zusammenhang mit der Räumung von zwei Protestlagern von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi im August vergangenen Jahres schwere Vorwürfe gegen die Regierung. Bei dem brutalen Vorgehen der Sicherheitskräfte seien mindestens 1.150 Personen getötet worden. Soweit einige Demonstranten bewaffnet gewesen seien, hätten sie Schusswaffen nur vereinzelt benutzt. HRW zufolge waren die wichtigsten Führungspersonlichkeiten in der Befehlshierarchie Innenminister Mohammed Ibrahim, der damalige Verteidigungsminister und jetzige Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi und der Leiter der Sondereinsatzkräfte Medhat Menschawi. Sie müssten bei Nachweis ihrer Beteiligung persönlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Regierung wies die Vorwürfe zurück und warf HRW Parteilichkeit vor. Der erste Tote sei ein Polizist gewesen, der erschossen worden sei. Zudem gehe der Bericht nicht auf die zahlreichen Opfer durch das Vorgehen der Demonstranten ein.

## **Nigeria**

### **85 nigerianische Geiseln von tschadischen Soldaten befreit**

Laut Angaben aus nigerianischen Sicherheits- und Menschenrechtskreisen vom 16.08.14 haben Soldaten des Tschad bei einer Routinekontrolle an der Grenze zu Nigeria am Tschadsee einen Buskonvoi gestoppt, der unter der Kontrolle von sechs bewaffneten Kämpfern der islamistischen Terrororganisation Boko Haram stand. 63 männliche sowie 22 weibliche Geiseln wurden befreit. Diese waren am 11.08.14 bei einem Angriff der Boko Haram auf das Dorf Doron Baga (Kukawa LGA, nordöstlicher Bundesstaat Borno) in der Nähe des Tschadsees entführt und auf Motorbooten in den Tschad gebracht worden. 30 Geiseln des Angriffs vom 11.08.14, dem 28 Einwohner zum Opfer gefallen sein sollen, sind noch in der Gewalt der Boko Haram.

### **Rund 400.000 intern Vertriebene im Nordosten seit Jahresbeginn**

Laut Angaben der nigerianischen Behörde für Krisenmanagement (NEMA) vom 13.08.14 wurden in den ersten sieben Monaten 2014 durch den Boko-Haram-Konflikt im Nordosten Nigerias 360.462 Personen intern vertrieben. Davon haben in den Bundesstaaten Borno 183.031, in Adamawa 147.198 und in Yobe 30.233 Menschen Zuflucht gefunden. Weitere rund 30.000 Personen wurden bisher im August neu vertrieben.

### **Rückeroberung von Gwoza bisher gescheitert**

Das nigerianische Militär versuchte bisher mehrfach vergeblich, die am 06.08.14 von Boko Haram eingenommene Stadt Gwoza im Bundesstaat Borno zurückzuerobern. Hierbei sollen etwa 50 Boko-Haram-Kämpfer sowie 30 Soldaten getötet worden sein. Bei der Einnahme der Stadt soll Boko Haram etwa 100 Zivilisten und Soldaten getötet haben. Mehrere Tausend Menschen flüchteten aus der Stadt.

## **Westafrika**

### **Ebola-Ausbruch in Westafrika bedrohlicher als angenommen**

Auch Nigeria (am 08.08.14) und Guinea (am 12.08.14) folgten nun dem Appell der WHO an die vier von Ebola betroffenen westafrikanischen Staaten, den Notstand auszurufen. Das Auswärtige Amt forderte am 13.08.14 alle deutschen Staatsbürger zur Ausreise aus Guinea, Liberia, Sierra Leone und Nigeria auf, da nicht auszuschließen sei, dass Ausreisemöglichkeiten weiter beschränkt würden. Etliche Fluglinien haben ihre Flüge in betroffene Länder bereits ausgesetzt. Die Aufforderung des AA gilt ausdrücklich nicht für medizinisches Personal. Auch die Deutschen Botschaften bleiben geöffnet, wohingegen die USA ihre Mitarbeiter aus ihrer US-Botschaft in Sierra Leone abziehen.

Kenia hat ein ab 19.08.14 geltendes Einreiseverbot für Personen aus Ebola-Ländern erlassen. In Liberia sind 17 Ebola-Patienten aus einer Quarantänestation geflohen. Sie hätten das Krankenhaus in einem Armenviertel der Hauptstadt Monrovia am 16.08.14 mithilfe von aufgebrachten Bürgern verlassen, berichtete die Zeitung „Front Page Africa“. In Nigeria flüchten unterdessen immer mehr Ärzte und Pfleger aus Angst vor einer Ansteckung mit dem Virus aus den Krankenhäusern. Betroffen sei vor allem das Yaba Mainland Hospital in Lagos, wo mehrere Infizierte auf Isolierstationen lägen, berichtete die Zeitung „Punch“ am 16.08.14. Hinzu kommt ein Ärztestreik, der schon länger als sieben Wochen dauert.

Nach Angaben der WHO (Stand 15.08.14) wurden seit Ausbruch des Virus bis einschließlich 13.08.14 insgesamt 2.127 Ebola-Fälle mit bislang 1.145 Todesfällen gemeldet.

## **Südsudan**

### **Keine Fortschritte bei Friedensverhandlungen**

Bei den seit Januar 2014 mit Unterbrechungen laufenden Friedensverhandlungen zwischen der Regierung unter Präsident Salva Kiir Mayardit und seinem ehemaligen Vizepräsidenten, dem Rebellenführer Riek Machar, sind nach Angaben eines UN-Gesandten vom 13.08.14 keine Fortschritte erzielt worden. Eine Hoffnung auf eine schnelle Einigung bestehe nicht.

### **Kämpfe in Nasir**

In der Stadt Nasir, der Hochburg der Rebellen, soll es am 10.08.14 erneut zu schweren Kämpfen gekommen sein (vgl. BN v. 21.07.14). Regierung und Rebellen machen sich hierfür gegenseitig verantwortlich.

## **Mali**

### **Tote bei Selbstmordanschlag im Norden**

Am 16.08.14 fuhr ein mit Sprengstoff beladenes Auto auf ein Militärcamp der UNO 60 km nordöstlich von Timbuktu und tötete zwei Blauhelmsoldaten aus Burkina Faso. Unterschiedlichen Meldungen zufolge soll es bis zu neun Verletzte gegeben haben. Zwei Schwerverletzte wurden in den Senegal geflogen. Wer hinter dem Selbstmordanschlag steht, ist bislang unbekannt.

### **Fortsetzung der Friedensgespräche verschoben**

Die am 16.07.14 in Algier begonnenen Friedensverhandlungen zwischen der malischen Regierung und sechs Rebellengruppen wurden am 24.07.14 mit der Unterzeichnung eines Dokuments zur „Beendigung aller Feindseligkeiten“ vorläufig abgeschlossen. Die Fortführung der Friedensverhandlungen war für Mitte August vereinbart worden. Nun wurde die Fortsetzung der Friedensgespräche auf den 01.09.14 verschoben, damit die Teilnehmer mehr Zeit für Vorbereitungen haben.

## **Zentralafrikanische Republik**

### **Muslim als neuer Ministerpräsident ernannt**

Am 11.08.14 wurde Mahamat Kamoun als erster Muslim in der Geschichte der Zentralafrikanischen Republik zum Ministerpräsidenten der seit Februar 2014 amtierenden Übergangsregierung ernannt.

Politisch will Kamoun zunächst die Ziele seines Vorgängers weiterverfolgen. Die Prioritäten der Regierung seien mit der internationalen Gemeinschaft abgestimmt: Mit einem Vier-Punkte-Plan will der neue Premierminister erstens Frieden und Sicherheit schaffen, zweitens humanitäre Hilfe für die internen Vertriebenen leisten, drittens die Verwaltungsstrukturen und Wirtschaft zum Laufen bringen und schließlich die Präsidentschaftswahlen vorbereiten.

### **Weitere Kämpfe**

Ex-Séléka Rebellen töteten nach Angaben eines Vertreters der afrikanischen Friedenstruppe zwischen 13.08. und 15.08.14 mindestens 34 Dorfbewohner im Norden. Geflohene Bewohner berichteten von Angreifern, die ihre Opfer mit gezielten Schüssen in den Busch getrieben hätten. Menschen seien erhängt, erschlagen oder zu Tode gefoltert worden. Nach Angaben eines Geflohenen hätten die Angreifer auf jeden geschossen, der ihnen über den Weg lief. Die Angreifer sagten, sie würden noch acht Dörfer „säubern“, bevor Mitte September eine UN-Friedenstruppe eintreffe.

Anfang August wurden schwere Kämpfe zwischen französischen Soldaten und einem Teil der Séléka-Rebellen in Batangafo (im Norden) berichtet. Die Gefechte dauerten mehrere Stunden an und waren so heftig, dass die Franzosen Unterstützung durch Kampfflugzeuge anforderten. Die Angreifer gehörten zu einer Gruppe der Séléka, die sich „Séléka Birao“ nennt und sich überwiegend aus sudanesischen und tschadischen Söldnern zusammensetzt. Ihr Rückzugsgebiet liegt im Nordosten.

Die Konfliktparteien unterzeichneten in der kongolesischen Hauptstadt Brazzaville nach langen Verhandlungen ein Waffenstillstandsabkommen. Es handelt sich nur um eine Minimaleinigung; konkrete Schritte zur Entwaffnung der Milizen und ein politischer Fahrplan fehlen.

## **Somalia**

### **Spannungen zwischen Puntland und Mogadischu**

Nach einer Pressemeldung vom 12.08.14 brach die Regierung Puntlands die Beziehungen zur somalischen Regierung ab. Hintergrund ist die von Mogadischu begrüßte Vereinbarung zwischen Vertretern der Regionalverwaltungen von Galmudug sowie Ximan und Xeeb sowie der Ahlu Sunna wal-Jama'a, einen halbautonomen föderalen Teilstaat in Zentalsomalia zu schaffen (vgl. BN v. 04.08.14). Puntland beansprucht Teile des zu schaffenden Teilstaats für sich.

### **Al-Shabaab-Angriff in Puntland**

Am 12.08.14 griffen Kämpfer der al-Shabaab einen Militärstützpunkt Puntlands nahe Bosasso (Region Bari) an. Nach Angaben der puntländischen Sicherheitsbehörden wurden die Islamisten zurückgeschlagen. Über Todesopfer ist nichts bekannt.

### **Schüsse auf Demonstranten**

Am 11.08.14 eröffneten Soldaten der AMISOM in Merka (Region Lower Shabelle) das Feuer auf Demonstranten, die gegen die Verhaftung von Zivilisten im Rahmen einer Sicherheitsoperation der AMISOM in der Stadt protestierten. Bei dem Vorfall wurden sechs Personen verletzt. Der Gouverneur von Lower Shabelle rechtfertigte das Vorgehen der Soldaten damit, dass es sich bei den Demonstranten um Anhänger der al-Shabaab gehandelt habe.

## **Kämpfe in Mogadischu**

Am 15.08.14 lieferten sich Regierungstruppen und Soldaten der Afrikanischen Union (AU) in Mogadischu schwere Gefechte mit Milizionären. Dabei sollen zwischen sieben und 14 Menschen ums Leben gekommen sein. Die Entwaffnungsaktion richtete sich gegen Milizenführer Ahmed Dai, dem die Flucht gelang. Nach dem Einsatz wurden die Direktoren und 19 weitere Mitarbeiter von Radio Shabelle und SKY FM wegen negativer Berichterstattung über den Militäreinsatz festgenommen, 16 Mitarbeiter sollen am 17.08.14 wieder freigekommen sein.

## **Kosovo**

### **EU-Ermittler will ehemalige Kosovo-Rebellenführer wegen Kriegsverbrechen anklagen**

Ende Juli hat der von der EU eingesetzte amerikanische Sonderermittler Clint Williamson seinen Bericht über Verbrechen der Befreiungsbewegung Kosovos (UCK) in Brüssel vorgestellt. Ausgangspunkt der neuesten Untersuchungen war ein früherer Bericht des Schweizer Europarats-Abgeordneten Dick Marty aus dem Jahre 2010. Der Ermittler kommt zu dem Schluss, dass sich mehrere ranghohe UCK-Mitglieder wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Organhandels vor einem internationalen Gericht verantworten sollen, Namen wurden noch keine genannt. Sobald es die Möglichkeit gebe, einen unabhängigen und transparenten Prozess zu führen, der auch höchsten Zeugenschutz garantiere, könne Anklage erhoben werden. Auf die Einrichtung eines Sondergerichtshofs müssen sich die EU und Kosovo noch verständigen. Eventuell könnte der Standort des Tribunals in Kosovo selbst sein, während sich Zeugen in den Niederlanden befragen ließen. Geplant ist, das Tribunal bis 2015 einzurichten.

### **Hintergrund**

Dick Marty hatte 2010 schwere Vorwürfe gegen die UCK erhoben. Die Befreiungsarmee habe 1998 und 1999 Gefangene gefoltert, gemordet und illegalen Organhandel betrieben. Auch heutige Politiker (darunter der Premier Hashim Thaci) seien daran beteiligt gewesen. Die UCK hatte Ende der 1990er Jahre versucht, Kosovo mit Waffengewalt von Serbien abzuspalten. Als Reaktion hatten serbische Einheiten rund 800.000 Albaner vertrieben. Insgesamt wurden über 13.000 Menschen ermordet, hauptsächlich Kosovo-Albaner. 2.000 Tote sind Serben, Roma oder Angehörige von anderen Minderheiten.

## **Ukraine/Russland**

### **Trotz Krisengesprächen weitere Gefechte im Osten**

Während am Wochenende in Berlin die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine ohne konkrete Ergebnisse über eine Friedenslösung verhandelten, gingen die schweren Kämpfe um die Separatistenhochburgen Luhansk und Donezk weiter. Dabei gab es nach Berichten der Bürgerkriegsparteien Dutzende Tote. Prorussische Separatisten haben nahe Luhansk ein ukrainisches Kampfflugzeug abgeschossen. Gleichzeitig behaupten Regierungstruppen Erfolge.

Die Regierungstruppen der Ukraine versuchen in der umkämpften Region seit Wochen, die Rebellenhochburgen zu erobern. Doch die prorussischen Separatisten leisten erbitterten Widerstand. Die humanitäre Lage in Lugansk ist schwierig, da es seit zwei Wochen keinen Strom und kein Wasser mehr gibt sowie Lebensmittel und Treibstoff knapp sind.

### **Einigung über russischen Hilfskonvoi**

Im Streit um humanitäre Unterstützung für die Ostukraine erkannte die Führung in Kiew den seit Tagen anrollenden russischen Konvoi mit 280 Lastern nun offiziell als Hilfslieferung an. Laut Internationalem Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) verständigten sich beide Seiten auf eine Inspektion der Lastwagen. Kiew müsse nur noch grünes Licht für den Grenzübertritt geben, erklärte das IKRK.



## **China**

### **Hongkong: Demonstration gegen Demokratiebewegung**

Anhänger der chinesischen Staatsführung demonstrierten am 17.08.14 gegen die Bewegung Occupy Central und deren Pläne, das Finanzzentrum der Stadt lahmzulegen. Die Bewegung will damit ihre Forderung nach einer freien Wahl des Hongkonger Regierungschefs im Jahr 2017 unterstreichen (vgl. BN v. 23.06.14). Laut Polizei nahmen etwa 110.000 Menschen an der Demonstration teil, Beobachter der Hongkonger Universität gingen von bis zu 88.000 aus.

An einem Referendum der Occupy-Bewegung hatten im Juni 2014 etwa 800.000 Menschen teilgenommen. Die Veranstalterin der Gegendemonstration, die Alliance for Peace and Democracy, führte in den vergangenen Wochen ein Referendum gegen Occupy Central durch, an dem mehr als 1,3 Millionen Menschen abgestimmt haben sollen.

### **Tibet: Demonstration gewaltsam aufgelöst**

Etwa zehn Menschen wurden verletzt, als Sicherheitskräfte am 12.08.14 in der Provinz Sichuan unter Einsatz von Tränengas und scharfer Munition eine Demonstration auflösten. Mehrere Personen wurden festgenommen. Der Vorfall ereignete sich im Kreis Shiqu in der Tibetischen Autonomen Präfektur Ganzi, als Tibeter gegen die Festnahme ihres Dorfvorstehers protestierten, die am Vortag erfolgte. Wie Radio Free Asia am 18.08.14 unter Berufung auf exiltibetische Quellen berichtete, beging einer der Verletzten in der Haft Selbstmord, ein weiterer erlag dort seinen Verletzungen.